

Kopfpauschale oder Bürgerversicherung

Mit der anstehenden Bundestagswahl entscheidet sich auch die Frage des Systemwechsels bei der Krankenversicherung.

Während SPD, Grüne und das Linksbündnis aus PDS und WASG grundsätzlich das Modell einer solidarischen Bürgerversicherung favorisieren, setzen Union und FDP auf radikale Leistungskürzungen, Privatisierung und in vielen Bereichen auf einen endgültigen Ausstieg aus den Solidarsystemen.

Kommt die sogenannte Kopfpauschale der Union, zwischenzeitlich verarmlosend in „Gesundheitsprämie“ umgetauft, wäre dies eine Zerschlagung der sozialen Krankenversicherung. Der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung soll bei 6,5 Prozent eingefroren werden. Er wäre damit dauerhaft begrenzt und künftige Kosten- und Beitragssteigerungen im Gesundheitswesen müssten alleine von

den Arbeitnehmern getragen werden. Diese Pläne weisen zudem eine Finanzierungslücke von 14,6 Milliarden Euro auf, die über zusätzliche Steuereinnahmen ausgeglichen werden müssen.

Dafür sollen alle gesetzlich Versicherten nur noch eine Einheitsprämie bezahlen, der Chefarzt genauso viel wie die Krankenschwester. Wie hoch die Pauschale wirklich sein soll, lässt die Truppe um Angela Merkel aber noch offen.

Profitieren würden vom Modell der Kopfpauschale nach Berechnungen des Gesundheitsexperten Karl Lauterbach vor allem Singles. Auf Familien mit mehreren Kindern und niedrigerem Einkommen kämen hingegen Mehrbelastungen zu.

Wesentlich ausgegrenzter ist da das Konzept der Bürgerversicherung. So könnten alle Einkommensbezieher entlastet werden. Außerdem müssten alle

Für eine zukunftssichere Sozialversicherung

- Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zur solidarischen Bürgerversicherung
- Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Solidarsysteme
- stärkere Einbeziehung höherer Arbeitseinkommen
- Einbeziehung von Einkommen aus großen Geld- und Kapitalvermögen
- Weniger Zusatzbelastungen für Versicherte

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Freiberufler, Parlamentarier und Beamte zur Finanzierung der Solidarsysteme beitragen. Gleichzeitig sollen die Beiträge stärker als bisher nach finanzieller Leistungsfähigkeit bemessen werden. Außerdem sieht das Modell auch die Erhebung von Beiträgen auf Kapitalerträge vor.



Zusatzkosten für Versicherte durch Kopfpauschale

Durch einen verminderten Leistungskatalog müssten die Versicherten nach dem Modell der Kopfpauschale folgende Kosten selber tragen:

Krankengeld	7,2 Mrd. €
Zahnersatz	3,8 Mrd. €
Satzungsleistungen	6 Mrd. €

Arbeitnehmerrechte als Spielball

Unser größtes Problem ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Seit Anfang der 80er wächst der Sockel der Langzeitarbeitslosen stetig, die Zahl der Arbeitssuchenden steigt scheinbar ungebremt. Bisher sind alle Maßnahmen erfolglos verpufft.

Fordern und fördern. Mit diesem Motto wollte die amtierende Bundesregierung neue Dynamik auf dem Arbeitsmarkt erzeugen. Doch der Erfolg blieb aus. Vor lauter fordern war bei der Hartz-Gesetzgebung das Fördern unter die Räder gekommen. Union und FDP wollen den Druck auf Arbeitslose sogar noch weiter verschärfen und den Pfad einer aktiven Arbeitsmarktpolitik komplett verlassen.

Union und FDP wollen die Zahl der Arbeitslosen reduzieren, indem die Zahlung von Arbeitslosengeld II auf höchstens zwölf Monate begrenzt und alle Leistungsempfänger zwei Jahre bis zu zehn Prozent unter Tarif bezahlt werden können.

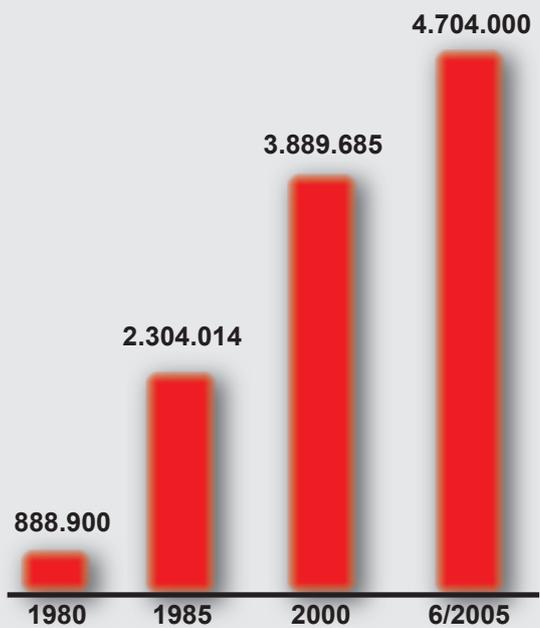
Außerdem soll es nach Willen der Union bei Neueinstellungen in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten keinen Kündigungsschutz mehr geben.

Für alle anderen soll er erst nach zwei Jahren in Betrieb gelten.

Die FDP will sogar weitere Verschärfungen. So soll das Kündigungsschutzgesetz erst nach vier Jahren Zugehörigkeit und nur für Betriebe ab 50 Mitarbeiter gelten. Eine Erklärung, wie dies die Schaffung neuer Stellen stimulieren soll, bleiben die derzeitigen Oppositionsparteien allerdings schuldig.

Bereits unter Helmut Kohl war der Kündigungsschutz schon einmal für ein paar Jahre eingeschränkt worden. Der Erfolg dieser Maßnahme für den Arbeitsmarkt war gleich null, die Zahl der Arbeitslosen stieg während dieser Zeit sogar an.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland



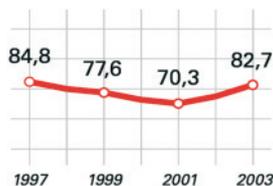
Quelle: Statistisches Bundesamt

IG Metall: Investitionen für neue Arbeitsplätze

- Ein wachstums- und innovationspolitisches Sofortprogramm muss gleich nach der Wahl aufgelegt werden
- öffentliche Zukunftsinvestitionen, um die Binnennachfrage zu stärken
- wirtschaftliche und soziale Innovationskonzepte fördern
- aktive Arbeitsmarktpolitik, um Lohndumping zu bekämpfen
- grundlegende Korrekturen an Hartz IV

Arbeitslosigkeit kostet Milliarden

Gesamtkosten in Mrd. €



Die Kosten setzen sich zusammen aus Transfers an Arbeitslose sowie Einbußen an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern.

Quelle: IAB 2004
© Hans-Böckler-Stiftung 2005

Schutz ist gefragt

Beschäftigte zum Kündigungsschutz:

weiter ausbauen



unverändert beibehalten



eher einschränken



ganz abschaffen



Rest zu 100%: andere Angaben
Quelle: Stephan, Struck, Köhler 2005
© Hans-Böckler-Stiftung 2005